

Contras geben Kontra

Verhandlungen zwischen Kuba und USA

Von Volker Hermsdorf

Es ist kein Zufall, dass wenige Stunden nach der Bestätigung von Gesprächen zwischen Havanna und Washington ein Anschlag auf das Büro der Kommunistischen Partei in der zentralkubanischen Stadt Morón verübt wurde. Seit Donald Trump Ende Januar öffentlich über die Möglichkeit eines Dialogs spekulierte, gibt es Störmanöver.

Zunächst sorgten Falschmeldungen für Misstrauen. Ein im Februar verbreiteter Bericht des US-Portals *Axios* über eine Beteiligung eines Enkels des ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro an ersten Gesprächen entspricht zwar den Tatsachen, Behauptungen, damit wären »die offiziellen Regierungskanäle Kubas« übergangen worden, waren jedoch ebenso Zweckpropaganda wie die Schlagzeile des Contra-Portals *Ciber Cuba*: »Ein Riss im Castro-Regime? Kontakte mit den USA enthüllen interne Spaltungen«. Tatsächlich waren Vertreter der kubanischen Regierung und Präsident Díaz-Canel in die Gespräche involviert.

Ein schwerwiegenderer Störversuch waren von der kubanischen Küstenwache vereitelte Pläne einer Terrorgruppe, die auf einem mit Kriegswaffen bis an die Kante vollgepackten Schnellboot am 25. Februar in kubanische Gewässer eingedrungen waren. »Der Plan sah vor, Aufstände anzuzetteln, Militäreinheiten anzugreifen und weitere Gewaltakte zu verüben«, gestanden die gefassten Täter. Kurz darauf wurden in Havanna zehn aus Panama eingereiste Personen festgenommen, die in Kuba Plakate mit Protestaufrufen kleben sollten. Die eingeschleusten Contra-Helfer handelten im Auftrag. Wie sie bei ihrer Vernehmung einräumten, waren ihnen pro Person zwischen 1.000 und 1.500 Dollar angeboten worden.

Die Verwüstung des Parteibüros in Morón reiht sich in derartige Vorgänge als weiterer Versuch ein, einen Dialog »auf Augenhöhe« zu sabotieren und die Eskalation zwischen Havanna und Washington zuzuspitzen. Während dem Umfeld von Trump inzwischen offenbar klargeworden ist, dass eine Militäraktion wie in Venezuela oder ein gewaltsamer Umsturz in Kuba keinen Erfolg hätten, geben exilkubanische Contras ihren Traum von der Rückkehr auf »ihre Insel« und der Wiederherstellung von Zuständen wie vor der Revolution nicht auf.

Dabei setzen sie auch auf Gewalt. »Ich verstehe, dass sie Tote vermeiden wollen, aber jede Revolution bringt Blutvergießen mit sich«, zitierte die Tageszeitung *Nuevo Herald* den seit 1980 in Hialeah – der Stadt mit der größten kubanischen Exilgemeinschaft in den USA – lebenden Reinaldo Núñez. Rechte US-Politiker unterstützen die Contras. Man könne »mit dem kubanischen Regime nicht verhandeln«, sagt Bryan Calvo, der Bürgermeister von Hialeah. »Was notwendig ist, sind militärisches Handeln oder genügend

Druck, um einen echten Wandel zu erzwingen.« Da Washington derartige Aufrufe toleriert, antikubanische Terrorgruppen gewähren lässt, die Vorbereitung von Anschlägen nicht verhindert und gewalttätige Ausschreitungen in Kuba rechtfertigt, ist Skepsis am Erfolg von Gesprächen durchaus angebracht.

<https://www.jungewelt.de/artikel/519203.contras-geben-kontra.html>